

Stellensituation beim Zoll

Gravierende Personalfehlbestände

Die Bundesregierung hat in der Antwort (BT-Drs. 17/4331) auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE. eingeräumt, dass der Personalfehlbestand beim Zoll bei 3.650 Arbeitskräften liegt. Die Fraktion nahm die bekannt gewordene Anzahl von mehr als einer Million offener Vollstreckungsfälle zum Anlass, die Stellensituation beim Zoll insgesamt zu hinterfragen. In der Antwort der Bundesregierung werden folgende Personalfehlbestände beim Zoll offen gelegt.

Dienststelle	Personaleinsatz	Personalbedarf	Unterdeckung
BFD Nord	5.892	6.370	- 479
BFD Mitte	6.562	6.715	- 153
BFD West	5.563	6.302	- 739
BFD Südwest	5.917	6.761	- 844
BFD Südost	5.268	5.795	- 527
ZFD	3.223	3.781	- 557
BWZ	1.317	1.668	- 352
Gesamtergebnis	33.742	37.392	- 3.650

Die Aussagen in der Antwort der Bundesregierung zum Arbeitsbereich Vollstreckung belegen aus Sicht des BDZ, dass der Zoll seiner Aufgabe dort in gravierender Weise nicht gerecht wird. Vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltslage sei es nicht nachvollziehbar, dass als Folge des Personalmangels im Bereich der Vollstreckung Außenstände in dreistelliger Millionenhöhe nicht eingetrieben werden konnten. Schuldig bleibe das Bundesfinanzministerium auch eine zufrieden stellende Antwort auf die Frage, wie die Vielzahl zusätzlicher Aufgaben des Zolls (Kraftfahrzeugsteuer, Luftverkehrsabgabe, Brennelementesteuer) personell bewältigt werden könne.

BDZ-Chef Klaus H. Leprich erklärte:

„Mir ist völlig klar, dass man die seit Jahren angewachsenen Personalprobleme nicht von heute auf morgen lösen kann. Das entbindet das Bundesfinanzministerium jedoch nicht von der Verantwortung, gesetzlich übertragene Aufgaben in angemessener Qualität zeitnah wahrzunehmen. Die weiteren Ergebnisse im Bereich der Vollstreckung werden als Beweis dienen, ob die vielgepriesenen Standards tatsächlich zur Lösung des Problems beitragen werden. Fest steht aber schon jetzt, dass die derzeit praktizierte Kosten- und Leistungsplanung kein geeignetes Mittel darstellt.“

Berlin, 14. Januar 2011